

1968	Ausgegeben zu Bonn am 16. Mai 1968	Nr. 22
------	------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
9. 5. 68	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 15. Dezember 1960 gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen und zu dem Protokoll vom 18. Dezember 1962 über die Errichtung einer Schlichtungs- und Vermittlungskommission	385
9. 5. 68	Gesetz zu dem Protokoll Nr. 4 vom 16. September 1963 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, durch das gewisse Rechte und Freiheiten gewährleistet werden, die nicht bereits in der Konvention oder im ersten Zusatzprotokoll enthalten sind	422
10. 5. 68	Gesetz zu dem Internationalen Übereinkommen vom 2. Dezember 1961 zum Schutz von Pflanzenzüchtungen	428
10. 5. 68	Verordnung über die Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung an der Straße von Gronau (Westf.) nach Glane-Losser	444
22. 3. 68	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Spanischen Regierung über die gegenseitige Anerkennung von Seefahrtbüchern als Paßersatz	447

Gesetz
zu dem Übereinkommen vom 15. Dezember 1960
gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen
und zu dem Protokoll vom 18. Dezember 1962
über die Errichtung einer Schlichtungs- und Vermittlungskommission

Vom 9. Mai 1968

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Paris am 15. Dezember 1960 unterzeichneten Übereinkommen gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen und dem in Paris am 18. Dezember 1962 unterzeichneten Protokoll über die Errichtung einer Schlichtungs- und Vermittlungskommission zur Beilegung möglicher Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten des Übereinkommens gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen wird zugestimmt. Das Übereinkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Die Tage, an denen das Übereinkommen nach seinem Artikel 14 Satz 2 und das Protokoll nach seinem Artikel 24 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 9. Mai 1968

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Brandt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Brandt